

Stellungnahme

Position zur Revision der Normungsverordnung (EU) Nr. 1025/2012

Einleitung

Die Europäische Kommission hat im Juli 2025 die Überarbeitung der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 über die europäische Normung eingeleitet. Grundlage hierfür ist eine umfassende Evaluation der bestehenden Verordnung, die zwar Fortschritte aufgezeigt, jedoch auch Anpassungsbedarf vor dem Hintergrund neuer Entwicklungen (Digitalisierung, Green Deal, globaler Wettbewerb, internationale Normungsrolle der EU) festgestellt hat.

Die Kommission hat folgende spezifische Ziele für die Revision benannt: Normungsprozesse schneller und einfacher zu machen, insbesondere für KMU und Start-ups, die Einbindung aller relevanten Akteure zu verbessern, den Zugang zu Normen zu erleichtern sowie die Rolle der EU als globaler Normgeber zu stärken.

Bewertung der Vorschläge der EU-Kommission

Der ZDH begrüßt ausdrücklich, dass die Kommission in ihrer Normungsstrategie KMU, Start-ups und andere bislang unterrepräsentierte Gruppen verstärkt in den Mittelpunkt rückt und den Zugang zu Normen erleichtern will. Ebenso wird das Ziel, Normungsprozesse zu beschleunigen und zu vereinfachen, grundsätzlich unterstützt. Viele der skizzierten Reformansätze sind zielführend, müssen aber im Detail weiter ausgearbeitet und - insbesondere in Hinblick auf die Berücksichtigung von KMU-Interessen in der Normung - passgenau gestaltet werden.

Bei allen Beschleunigungs- und Vereinfachungsmaßnahmen muss das Konsensprinzip gewahrt bleiben, da es zentral für die Qualität von Normen ist und es die Beteiligung sowie Akzeptanz gerade durch KMU sicherstellt.

Positiv zu bewerten ist der Vorstoß, die Zugangshürden zu Normen abzubauen. Ein kostenfreier Zugang zu rechtsrelevanten Norminhalten würde im Sinne des EuGH-Urteils die Transparenz erhöhen, insbesondere für KMU. Dabei gilt es allerdings, einen Ausgleich zu finden, der einerseits den berechtigten Transparenzanspruch erfüllt und andererseits die finanzielle Basis des Normungssystems (das bisher stark von Normenverkauf abhängt) nicht gefährdet.

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt sieht der ZDH einige Vorschläge kritisch:

Die geplante Öffnung des Normungssystems für weitere, konkurrierende Organisationen, die Normen erstellen, und für neue Normungsverfahren birgt die Gefahr sinkender Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten. Es muss gewährleistet sein, dass auch etwaige neue Normungsstellen den bewährten Prinzipien - Offenheit, Konsens, Inklusivität und Qualität – verpflichtet bleiben und kein Wettbewerb um vermeintlich schnellere, aber weniger partizipative Normungsverfahren entsteht.

Besonders problematisch bewertet der ZDH den Vorschlag, Gemeinsame Spezifikationen (Common Specifications) als Alternative zu harmonisierten Normen einzuführen. Eine solche Maßnahme würde ein Parallelsystem schaffen, das Fragmentierung des Binnenmarktes, höhere Kosten für Unternehmen und geringere Einbindung der Fachkreise nach sich ziehen könnte. Die erfolgreiche öffentlich-private Partnerschaft der Normung – Grundlage des europäischen Normungssystems – liefe Gefahr, untergraben zu werden. Zudem könnten Gemeinsame Spezifikationen, wenn sie von international etablierten Standards abweichen, Europas internationale Rolle in der Normung schwächen und neue Handelshemmnisse schaffen, was dem Ziel der Konvergenz zwischen europäischen und internationalen Normen widerspricht.

Schließlich ist derzeit unklar, wann und wie Gemeinsame Spezifikationen zum Einsatz kommen sollen, wer sie ausarbeitet und wie dabei grundlegende Prinzipien wie Offenheit, Transparenz und Konsens gewahrt bleiben sollen. Aus Sicht des ZDH sollten Gemeinsame Spezifikationen daher allenfalls als eng begrenzte Ausnahme- bzw. Rückfalloption dienen und keinesfalls ein paralleles, regelmäßig eingesetztes Konkurrenzinstrument zur Normung werden.

Des Weiteren mahnt der ZDH zur Vorsicht bei der Einführung ambitionierter, strikter Zeitvorgaben für Normungsprozesse. Enge, verbindliche Fristen dürfen das Konsensprinzip nicht aushebeln, da nur ein sorgfältig austarierter Kompromiss zwischen unterschiedlichen Interessen qualitativ hochwertige, breit akzeptierte Normen hervorbringt. Starre Deadlines für die Normenerarbeitung würden die Erzielung solcher Kompromisse erschweren und könnten die Ergebnisqualität gefährden. Zielführender ist es, ambitionierte Zielvorgaben zu setzen und Verzögerungsursachen abzubauen – insbesondere auf Seiten der EU-Institutionen bei Prüfung und Veröffentlichung fertiger Normen. So sollte z. B. der Listungsprozess innerhalb der Kommission mit klaren Fristen versehen werden, anstatt unrealistischen Zeitlimits für die inhaltliche Normerarbeitung durch die Experten in den Normungsgremien.

Konkrete Empfehlungen des ZDH

Auf Basis der vorstehenden Analyse empfiehlt der ZDH für die Revision der Normungsverordnung folgende Maßnahmen:

- 1. Konsensprinzip bewahren:** Alle Reformschritte zur Beschleunigung der Normung müssen das Konsensprinzip und die inklusive Beteiligung aller

interessierten Kreise gewährleisten, um die Qualität von Normen und die Akzeptanz gerade durch KMU nicht zu gefährden.

2. Keine Parallelstrukturen – Gemeinsame Spezifikationen nur als Ausnahme:

Das bewährte System harmonisierter europäischer Normen ist zu stärken, anstatt parallele Strukturen aufzubauen. Gemeinsame Spezifikationen sollten – wenn überhaupt – nur als ultima ratio in Ausnahmefällen zum Einsatz kommen. Ein Parallelsystem zum bestehenden Normungssystem würde zu Intransparenz, Fragmentierung, höheren Kosten und einer Divergenz zwischen europäischem und internationalem Normungsstand führen. Harmonisierte Normen müssen stets Vorrang haben; für etwaige Gemeinsame Spezifikationen als Rückfalloption sind strenge, einheitliche Kriterien und Verfahren festzulegen.

3. Listungsverfahren im EU-Amtsblatt beschleunigen:

Es ist ein verbindliches, transparentes Verfahren zur zügigen Listung harmonisierter Normen im Amtsblatt der EU einzuführen. Nach erfolgreicher Vorabprüfung während der Normenerarbeitung sollte die Listung innerhalb eines festen Zeitrahmens erfolgen; Verzögerungen dürften nur nach wenigen, klar definierten Kriterien möglich sein. Ein solches Verfahren würde Vertrauen in das Normungssystem schaffen und der Wirtschaft einen verlässlichen Rahmen bieten, um sich auf neue Normen einzustellen.

4. HAS-Consultants frühzeitiger einbinden:

Der Prüfprozess durch die Harmonised Standards Consultants sollte effizienter und kooperativer gestaltet werden. Konkret sollte praxisnahe, frühes Feedback der HAS-Consultants so früh wie möglich im Normungsprozess erfolgen (etwa durch Teilnahme an Ausschusssitzungen und kontinuierlichen Austausch mit den Normungsexperten). So können Probleme rechtzeitig erkannt und behoben werden, anstatt erst am Ende zeitaufwändige Korrekturschleifen durchlaufen zu müssen.

5. KMU-Interessen in der Normung stärken:

Erfolgreiche nationale Ansätze zur KMU-freundlichen Normungsarbeit – wie sie aktuell im KMU-Rat des DIN diskutiert werden - gilt es umzusetzen und europäisch als Best-Practice zu verbreiten. Zudem sind bestehende Unterstützungsstrukturen – etwa die Organisation Small Business Standards (SBS) als KMU-Netzwerk auf EU-Ebene – auszubauen.

Die aktive Einbringung von KMU- Interessen in der Normung ist darüber hinaus durch Schulungen von Expertinnen und Experten, Mentoring-Programme aber auch durch die Verankerung von Normungswissen in der Aus- und Weiterbildung (sowohl beruflich wie akademisch) zu stärken. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die notwendige Vielfalt der Perspektiven in der Normung zu erhöhen und langfristig genügend Expertinnen und Experten aus dem Mittelstand für die Normung zu gewinnen.

Ansprechpartner/in: Dr. Gesa Koglin

Bereich: Gewerbeförderung

+49 30 20619-324

dr.koglin@zdh.de · www.zdh.de

Herausgeber:

Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.

Haus des Deutschen Handwerks

Mohrenstraße 20/21 · 10117 Berlin

Postfach 110472 · 10834 Berlin

Lobbyregister: R002265

EU Transparency Register: 5189667783-94

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit rund 5,6 Millionen Beschäftigten. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft mit Sitz in Berlin bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland. Mehr unter www.zdh.de